Tagungsbericht: Aktuelle und grundsätzliche Fragen des Wirtschaftsstrafrechts

6. Deutsch-Französische Strafrechtstagung, Göttingen 27.–28.10.2017

Von Wiss. Mitarbeiterin **Pauline Schmitt**, Marburg

Am 27. und 28.10.2017 fand in Göttingen die 6. Deutsch-Französische Strafrechtstagung statt. Damit wurde eine seit 2007 bestehende Veranstaltungsreihe fortgesetzt, in deren Rahmen alle zwei Jahre renommierte Experten/innen des deutschen und französischen Strafrechts abwechselnd in Deutschland und in Frankreich zu Gesprächen über aktuelle strafrechtliche Fragestellungen zusammenkommen.¹ Die diesjährige Tagung war dem Thema „Aktuelle und grundsätzliche Fragen des Wirtschaftsstrafrechts“ gewidmet. Wie Prof. Dr. Stefanie Bock von der Philipps-Universität Marburg, neben Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Georg-August-Universität Göttingen, Mitorganisatorin der Tagung, in ihrer Begrüßung betonte, handelt es sich beim Wirtschaftsstrafrecht um eines der großen Themen der Gegenwart, wo das Strafrecht komplexe, grenzüberschreitende Zusammenhänge erfassen und angemessen behandeln müsse. Hierdurch ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für spannende rechtsvergleichende und internationale Forschungsfragen. Diesen widmeten sich neun Wissenschaftler/innen aus Deutschland und Frankreich in ihren Vorträgen zu so vielseitigen Themen wie Regulierung durch Vagheit, Probleme der strafrechtlichen Verfolgung von Unternehmen in Deutschland und Frankreich, Verschulden im Wirtschaftsstrafrecht, aber auch europarechtliche und völkerstrafrechtliche Konzepte zur Ahndung von Wirtschaftskriminalität. Damit bot die Tagung Raum für angeregte und fruchtbare Diskussionen, die über die Grenzen des nationalen Strafrechts hinaus führten.

I. Regulierung durch Vagheit?

Im ersten Vortrag warf Prof. Dr. Christoph Burchard, Goethe-Universität Frankfurt am Main, die Frage auf, ob „Regulierung durch Vagheit“ ein legitimer und sinnvoller Ansatz für das Wirtschaftsstrafrecht ist. Er stellte heraus, dass die Rechtssetzung im Wirtschaftsstrafrecht in besonderem Maße dazu tendiere, mit vagen Begriffen zu arbeiten. Hierdurch werde für den Normadressaten ein Bereich rechtlicher Unsicherheit ausgewiesen, innerhalb dessen dieser ein kaum kalkulierbares Bestrafungsrisiko eingehen. Betreffe diese Unsicherheit zu weitgehende Verhaltensbereiche, sei die Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgrundsatz zweifelhaft. Die Analyse der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zeige zwar, dass auch dieser der Abwägung zugänglich sei. Daher könne man annehmen, dass das Bestimmtheitsgebot nur einen Rahmen vorgebe, innerhalb dessen regulatorische Vagheit zu rechtspolitischen Zielen eingesetzt werden dürfe. Ob dies geschehen solle und wenn ja, in welcher Form, be-

¹ Siehe die Tagungsberichte zu den Tagungen von 2015: Hamdan/Stuckenberg, GA 2016, 571; 2013: Hamdan/Jung/Stuckenberg, GA 2013, 711; 2011: Jung/Kopf/Stuckenberg, GA 2011, 531; 2009: Stuckenberg, GA 2009, 429, sowie zur ersten Tagung 2007 den Tagungsband: Leblois-Happe, (Hrsg.): Vers un nouveau procès pénal, Neue Wege des Strafprozesses, 2008.

dürfe jedoch der kriminalpolitischen Diskussion. Für ein freiheitliches Strafrecht verbiete es sich jedenfalls, die Bürger durch völlige Rechtsunsicherheit zu einer „Overcompliance“, also dem Absehen von riskanten, möglicherweise strafbaren Verhaltensweisen, zu zwingen.

In der Diskussion herrschte Einigkeit, dass abstrakt-generelle Gesetze auf ein gewisses Maß an Vagheit notwendig angewiesen sind, aber dennoch Orientierungssicherheit gewährleisten müssen. Darüber hinaus wurden die Folgen materiell-rechtlicher Vagheit für die Irrtumsdogmatik und das Prozessrecht diskutiert.

II. Compliance und Verständigung im Wirtschaftsstrafrecht

Im nächsten Vortrag beschäftigte sich Julien Walther, maître de conférences an der Université de Lorraine, mit „Entwicklungen der Compliance und der Verständigung im Wirtschaftsstrafrecht“. Er beleuchtete, wie in Frankreich zunehmend nach amerikanischem Vorbild Strukturen geschaffen werden, die die Verfolgung von Wirtschaftskriminalität durch Kooperationsanreize und flexiblere Reaktionsmöglichkeiten der Strafverfolgungsorgane erleichtern sollten. Es sei allerdings fraglich, inwieweit diese Entwicklung mit tradierten französischen Rechtsstrukturen kompatibel sei. So sei eine Bestrafung der Nichteinrichtung von Compliance-Systemen bis zur Schaffung spezieller Unterlassungsdelikte problematisch gewesen. Mittlerweile seien bestimmte Compliance-Maßnahmen aber gesetzlich zwingend vorgeschrieben. Die Einhaltung der entsprechenden Vorgaben werde durch die Agence française d'anticorruption überwacht und durch verschiedene prozessuale Maßnahmen gefördert. Demgegenüber seien wegen der besonderen Bedeutung richterlicher Kontrolle im französischen Ermittlungsverfahren informelle Verfahren zur Verhandlung über Verfahrenseinstellungen problematisch. Insbesondere der Verhandlungsspielraum der Strafverfolgungsbehörden sei umstritten.

In der Diskussion wurden Möglichkeiten der Verwaltung zur Umgehung der strengen prozessualen Vorgaben und die schwierige Stellung der Compliance-Beauftragten des Unternehmens angesprochen. Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass es für Richter sehr schwierig sei, die Qualität von Compliance-Programmen zu beurteilen.

III. Vorsatz und Verschulden im Wirtschaftsstrafrecht

Anschließend berichtete Xavier Pin, Professeur des universités an der Université Lyon, in seinem Vortrag zum Thema „la faute en droit pénal économique“ über Wandlungen des französischen Wirtschaftsstrafrechts im Hinblick auf die rechtliche Beurteilung des Verschuldens. Dessen Bedeutung schwinde aufgrund der Effizienzorientierung des Wirtschaftsrechts. Es sei eine Tendenz zur Entwicklung einer verschuldensunabhängigen Haftung i.S.e. „strict liability“ zu erkennen. Der Vorsatz werde zunehmend zu einer objektiven Kategorie, da er nach anerkannter Rechtsprechung aus äußeren

Gegebenheiten unwiderleglich zu schließen sei. Enthielten früher viele Delikte spezielle subjektive Merkmale, entfielen derartige Anforderungen zunehmend oder würden durch Vermutungen marginalisiert. Auch fahrlässiges Handeln werde fast stets bejaht, zumal die Beachtung eines durchschnittlichen Maßes an Sorgfalt im wirtschaftsrechtlichen Kontext nicht vor Strafe schütze. Art. 121-1 des Code Pénal, dem zufolge grundsätzlich nur vorsätzliches Handeln strafbar ist, habe dann lediglich symbolischen Charakter. Dieser Ansatz habe seinen Platz im Ordnungswidrigkeiten- und Polizeirecht, widerspreche aber strafrechtlichen Grundsätzen.

Auch in der anschließenden Diskussion wurde moniert, dass strafrechtliche Kernprinzipien im Wirtschaftsstrafrecht zunehmend umgangen würden. Man wolle das Vorsatz- und Verschuldenserfordernis und damit den strafrechtlichen Charakter der Vorschriften zwar formell wahren, Nachweisanforderungen jedoch senken, da das Recht sonst an Effizienz einbüße.

IV. Unternehmensstrafrecht

Unter dem Titel „Unternehmensstrafrecht“ erörterte Prof. Dr. Uwe Murmann von der Georg-August-Universität Göttingen anschließend verschiedene Ansätze, Unternehmen bzw. juristische Personen strafrechtlich oder strafrechtsähnlich zur Verantwortung zu ziehen. Individuelle Verantwortlichkeit für aus Unternehmen heraus begangene Straftaten zu begründen, berge wegen der Eigendynamik kollektiver Prozesses und der häufig komplexen Organisationsstrukturen Probleme. Mittlerweile gebe es jedoch umfassende dogmatische Möglichkeiten, Leitungspersonen zur Verantwortung zu ziehen. Aber auch mit den ordnungswidrigkeitenrechtlichen Maßnahmen werde versteckt Strafrecht betrieben, was wegen des Opportunitätsprinzips bedenklich sei. Murmann beleuchtete die sanktionsähnliche Gewinnabschöpfung, die Haftung des Betriebsinhabers für Organisationsverschulden gemäß § 130 OWiG sowie die Verbandsgeldbuße gemäß § 30 OWiG. Diese Institute seien zur Unternehmenssteuerung präventiv legitimierbar, aber ebenso wie eine echte Strafbarkeit von Unternehmen im Hinblick auf das Schuldprinzip bedenklich.

Unter den Teilnehmern entbrannte anschließend eine lebhafte Diskussion über die Übertragbarkeit der Strafzwecktheorien, der Menschenwürde und des Schuldprinzips auf Verbände. Übereinstimmend wurden Bedenken gegen die Überschneidung von Verwaltungsrecht und Strafrecht im Ordnungswidrigkeitenrecht erhoben.

V. Strafbarkeit juristischer Personen und Verständigungen

Juliette Lelieur, maître de conférences an der Universität de Strasbourg, sprach zum Thema „Les personnes morales, la transaction judiciaire et le droit pénal des affaires“ und gab dabei aus französischer Sicht Einblicke in die Probleme der Strafbarkeit juristischer Personen und Verständigungen im Wirtschaftsstrafrecht, wobei sie stets den Vergleich zum deutschen Strafprozessrecht zog. Die Strafverfolgung in Wirtschaftssachen gestalte sich wegen der rechtlichen und tatsächlichen, aber auch beweistechnischen Komplexität der Taten schwierig; für Unternehmen sei die Öffentlichkeitswir-

kung einer strafrechtlichen Hauptverhandlung problematisch. Daher hätten beide Seiten einen Anreiz, außerprozessuale Reaktionsmöglichkeiten zu schaffen. So werde eine strafrechtliche Reaktion auf Wirtschaftskriminalität in Fällen möglich, in denen anderenfalls das Verfahren eingestellt würde. Art. 41-2 des Code de procédure pénale biete hierfür einen Ansatz. Es seien auch spezielle Verfahren zur Verfolgung juristischer Personen geschaffen worden. Diese seien jedoch stark reglementiert, hätten einen begrenzten sachlichen Anwendungsbereich und die Höhe der Sanktion sei limitiert. Die Schaffung effektiver und flexibler Mechanismen zum Umgang mit Wirtschaftskriminalität der Unternehmen, beispielsweise durch Möglichkeiten der Verständigung über eine Verfahrenseinstellung gegen Auflagen, sei dringend notwendig, um Unternehmenskriminalität auch vor Ort begegnen zu können.

VI. Wirtschaftsstaatsanwaltschaft

Jenny Frinchaboy von der Université Paris I sprach über die Schaffung des „parquet national financier“, einer Wirtschaftsstaatsanwaltschaft. Diese Behörde habe das Ziel, durch Spezialisierung der Ermittler und Kürzung der Verfahrensdauer die Effizienz der Verfolgung besonders komplexer und bedeutsamer Wirtschaftsstrafsachen zu erhöhen. So solle eine landesweit einheitliche, sichtbare und kohärente Strafverfolgung ermöglicht werden. Neben der Bekämpfung der Korruption unterfielen auch viele andere Delikte, beispielsweise aus dem Gebiet des Wettbewerbsrechts, dem Zuständigkeitsbereich der Behörde. Diese solle außerdem mit weiteren neu geschaffenen Institutionen zusammenarbeiten, was eine besondere Herausforderung darstelle. Zuletzt sei es denkbar, dem „parquet national financier“ die Funktion einer Verbindungsstelle zur kommenden europäischen Staatsanwaltschaft zuzuweisen. Legitimität und Nutzen der neu geschaffenen Behörde seien allerdings umstritten. So wurden eine zu einflussreiche Stellung der Exekutive im Verfahren und eine drohende Einmischung der Politik moniert. Die Unabhängigkeit der neuen Behörde sei zweifelhaft.

In der Diskussion kamen insbesondere die Probleme und die Notwendigkeit von Reformen im Zuge der Errichtung der europäischen Staatsanwaltschaft zur Sprache.

VII. Europäischer Grundrechtsschutz im Wirtschaftsstrafrecht

Prof. Dr. Gerhard Dannecker von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg widmete sich dem Thema „Europäischer Grundrechtsschutz im Wirtschaftsstrafrecht der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“. Anhand einer Analyse verschiedener EuGH-Fälle zeigte Dannecker auf, dass es dem EuGH teilweise an Sensibilität für die Besonderheiten mitgliedstaatlicher Rechtsordnungen fehle. So bestehe aus Sicht des EuGH keine Notwendigkeit für grundrechtliche Verbote staatlichen Handelns, wenn einige Rechtsordnungen in entsprechenden Fallkonstellationen keine solchen Verbote kennen. Im Zusammenspiel mit dem Prinzip des effet utile, das eine Reduktion des nationalen Grundrechtsschutzes dort vorsehe, wo er den EU-Grundrechtsschutz übersteige, drohe durch diese Sichtweise eine Reduktion des Grundrechts-

schutzes auf das in allen Mitgliedstaaten anerkannte grundrechtliche Minimum. An der Rechtsprechung des EuGH zeige sich zudem deutlich die Problematik einer kasuistischen, einzelfallbezogenen Herangehensweise. Diese könnte nur durch die fallunabhängige Entwicklung eines europäischen Systems der strafrechtsbezogenen Grundrechte vermieden werden.

Einige der angesprochenen Problemfälle waren anschließend Gegenstand angeregter dogmatischer Diskussionen, so die Frage nach der Rechtsnachfolge bei juristischen Personen im Strafrecht oder die Reichweite des *Lex-mitior*-Gebots bei Rechtsänderungen. Einigkeit herrschte, dass bei der Umsetzung von EU-Vorgaben die Systemverträglichkeit beachtet werden müsse. *Lelieur* erinnerte abschließend an eine Einschätzung ihrer Lehrerin *Delmas-Marty*, die die Schaffung europäischer Regeln des allgemeinen Strafrechts als vorrangige Aufgabe der nächsten wissenschaftlichen Generation angesehen habe. In diesem Sinne sei auch die Forderung nach der Entwicklung eines europäischen Strafverfassungsrahmens einleuchtend.

VIII. Strafrechtlicher Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union

Prof. Dr. Stefanie Bock von der Philipps-Universität Marburg sprach über den strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union. Bisherige Maßnahmen zur Harmonisierung des EU-Finanzschutzes hätten sich als kaum wirksam erwiesen. Die neu erlassene Richtlinie zur Bekämpfung des gegen die finanziellen Interessen der EU gerichteten Betruges sei ambitionierter, allerdings sei ihre Legitimität umstritten. Dies gelte vor allem für die Wahl der Kompetenzgrundlage. Diese wirke sich auf den Inhalt der Richtlinie und das Gesetzgebungsverfahren aus und sei keinesfalls austauschbar. Tatsächlich wurde die Richtlinie auf Art. 83 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) gestützt mit der Begründung, dieser regle die strafrechtlichen Kompetenzen der EU abschließend, wohingegen Art. 325 Abs. 4 AEUV keine strafrechtliche Ermächtigunggrundlage darstelle. Hiergegen wandte *Bock* ein, Art. 325 AEUV, der auf die strafrechtsspezifische „Griechischer Mais“-Entscheidung des EuGH zurückgehe, habe zweifellos strafrechtlichen Charakter und sei *lex specialis* des unionistischen Finanzschutzes. Daher hätte die Richtlinie – befreit von den in Art. 82 Abs. 2 AEUV genannten Beschränkungen – auf Art. 325 Abs. 4 AEUV gestützt werden müssen.

In der Diskussion wurden weitere Schwächen der Richtlinie angesprochen; insbesondere die 10-Millionen-Schwelle für die Geltung der Richtlinie in Bezug auf Mehrwertsteuerbetrug wurde kritisch gesehen. Auch die Eignung der Richtlinie, eine ausreichende materiell-rechtliche Grundlage für die Arbeit der kommenden EuStA zu schaffen, wurde infrage gestellt, da sie aufgrund der weiterhin bestehenden Umsetzungsspielräume nicht zu einer EU-weit einheitlichen Rechtslage führe.

IX. Wirtschaftsvölkerstrafrecht

Prof. Dr. Dr. h.c. und Richter am Kosovo Sondertribunal Kai Ambos von der Georg-August-Universität Göttingen beschäf-

tigte sich mit Ansätzen eines Wirtschaftsvölkerstrafrechts, also mit der Frage, ob Unternehmen für völkerrechtliche Verbrechen sanktioniert werden können und sollten, die in ihren Interessen oder im Zusammenhang mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit begangen werden. Denkbare Fälle seien die Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen, Tötungen zur Erleichterung von Unternehmensaktivitäten oder die Förderung und Ausbeutung menschenrechtswidriger Arbeitsbedingungen. Das Unternehmen selbst für solche Taten zur Verantwortung zu ziehen, wie dies bei den Verhandlungen über einen Internationalen Strafgerichtshof von der französischen Delegation vorgeschlagen worden sei, könne helfen, die kollektive Dynamik und das systemische Element der Taten richtig zu erfassen. Im Vergleich zu zivil- oder verwaltungsrechtlichen Reaktionen sei mit strafrechtlichen Sanktionen eine größere Stigmatisierung verbunden; damit dürfte auch ihre generalpräventive Wirkung höher sein. Bei der konkreten Ausgestaltung eines internationalen Unternehmensstrafrechts würden sich allerdings schwierige Detailfragen z.B. bezüglich der Haftungs begründung oder der strafrechtlichen Beurteilung (vermeintlich) neutraler wirtschaftlicher Betätigungen stellen.

In der Diskussion wurden vor allem Lösungsansätze aus dem französischen Strafrecht erörtert, das sich bezüglich des nationalen Unternehmensstrafrechts bereits länger mit entsprechenden Problemen konfrontiert sieht. Deutlich wurde, dass das Denken in tradierten Beteiligungsmodellen bei (internationalen) Verbrechen, die aus einem unternehmerischen Kontext heraus begangen werden, schnell an seine Grenzen stößt.

X. Fazit

Dass das Wirtschaftsstrafrecht insbesondere in seiner nationalenübergreifenden Dimension neuer Lösungs- und Denkansätze bedarf, fasst die Ergebnisse der Tagung gut zusammen. Der rege fachliche Austausch, der diese Tagung prägte, erbrachte zahlreiche vielversprechende Impulse. Auf die noch für dieses Jahr angekündigte Veröffentlichung der Tagungsbeiträge und die Fortsetzung des deutsch-französischen Strafrechtsdialogs kann man daher sehr gespannt sein.